

# „Deutschland im Aufschwung“ Die Kanzlerin sieht sich bestätigt

Westerwelle: Erborgter Schimmer / Struck für dritte Stufe der Föderalismusreform

pca. BERLIN, 22. November. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) sieht Deutschland auf dem richtigen Weg. „Nach Jahren der Stagnation befindet sich das Land wieder im Aufschwung“, sagte sie in ihrer Rede zur Haushaltsdebatte über den Etat des Kanzleramtes. Es seien vom Elterngeld über die Föderalismusreform bis hin zum Islamgipfel „wichtige Weichenstellungen“ erfolgt. Der Dreiklang des Handelns – „sanieren, reformieren, investieren“ – habe sich als richtig erwiesen. Das Land stehe heute besser da als vor einem Jahr.

Kritik an der Regierungspolitik übten die Redner der Opposition. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Westerwelle warf in seiner Erwidrerung der Regierung vor, sie schmücke sich mit fremden Federn. Dabei gelte jedoch: „Prahle nie mit erborgtem Schimmer, Spott ist sonst dein Lohn.“ Realitätsverdrängung charakterisierte die Politik der Regierung Merkel. Für die Linke-Fraktion sagte deren Vorsitzender Gysi der Bundeskanzlerin eine unsoziale Politik nach. Sie vernachlässige den Osten Deutschlands. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Künast warf der Regierung vor, die gute Konjunkturlage nicht für weitere Reformen zu nutzen.

Frau Merkel versprach im außenpolitischen Teil ihrer Haushaltsrede, daß Deutschland keine Truppen in den umkämpften Süden Afghanistans entsenden werde. „Ich sehe kein über dieses Mandat hinausgehendes militärisches Engagement. Das will ich ganz deutlich sagen“, versicherte sie dem Parlament. Niemand könne ernsthaft wollen, daß die im Norden Afghanistans erreichte relative Stabilität aufs Spiel gesetzt werde. Die Bundeswehr erfülle im Norden, wo 40 Prozent der Bevölkerung lebten, eine „wichtige und gefährliche Aufgabe“.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck sprach von „einem erfolgreichen Jahr für unser Land“. In gleicher Weise äußerte sich sein Kollege Kauder von der Unionsfraktion. Die seit Jahrzehnten sich politisch bekämpfenden Volksparteien hätten miteinander geredet, miteinander verhandelt und miteinander wichtige Projekte für das Land beschlossen, sagte Struck. Am Ende solle die Zusammenarbeit aber doch so ausgehen wie 1969: Die SPD stelle nach den Wahlen den Kanzler. Die große Koalition bedeute die große Chance, große Probleme des Landes zu lösen.

Struck gab den ostdeutschen Bundesländern eine Finanzhilfengarantie bis 2019. Bei der zweiten Stufe der Föderalismusre-

form werde der Solidarpakt II nicht verändert. „Darauf können sich die Ost-Länder verlassen“, sagte er. Der Solidarpakt sieht Zahlungen an Berlin und die Ost-Länder bis 2019 in Höhe von 156 Milliarden Euro vor. Struck sprach sich zudem für eine Neugliederung der Bundesländer in einer dritten Stufe der Föderalismusreform aus.

Struck plädierte dafür, die Vorschläge zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen bis Ende 2009 zu erarbeiten und noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Er lehnte damit Überlegungen aus den Bundesländern ab, die die Umsetzung der zweiten Stufe der Föderalismusreform erst in der nächsten Legislaturperiode anstreben. Zum Zustand der Regierung sagte Struck: Die Koalition sei „besser als ihr Ruf“. Dabei seien aber oft auch „große Kompromisse“ notwendig, weil die drei Parteien der Koalition – SPD, CDU und CSU – von sehr weit entfernten Positionen aus kämen. Zu den Erfolgen zählte Struck die Gesundheitsreform. Er könne die Kritik daran „überhaupt nicht nachvollziehen“. Deutschland habe das beste Gesundheitssystem der Welt, „und das wollen wir erhalten“. Von „Sozialismus pur“ zu reden, wie dies die Opposition tue, sei absurd. „Sozialismus pur“ würde doch die Union niemals mitmachen. Die Kampagne gegen die Gesundheitsreform „geht weit über das Normale hinaus“.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Brüderle, der als erster Oppositionsredner die traditionelle Generalausprache über die Regierungspolitik eröffnete, sagte, die Bürger hätten eine „gute Politik verdient“, doch davon sei kaum etwas erkennbar. Es sei ein „verlorenes Jahr“. Die Deutschen müßten sich bei der rot-schwarzen Koalition fühlen „wie ein Martini bei James Bond: geschüttelt, aber nicht geführt“.

Struck und Kauder würdigten das Verhältnis zwischen den Koalitionsfraktionen. Struck sagte, mit Kauder gehe er „viel öfter einen trinken, als Sie glauben“. Er lobte auch Verteidigungsminister Jung (CDU). Kauder wiederum lobte besonders den Vizekanzler Müntefering. Für die gegenwärtigen Herausforderungen brauche man eine starke Regierungsfraktion. Die große Koalition habe viel erreicht. „Wir bringen Deutschland voran.“ Westerwelle sprach von inszenierten „Festwochen“ der großen Koalition. Kauders Aussagen hätten zusammengefaßt ge-

lautet: „Erste Abteilung: Merkel ist die Größte; zweite Abteilung: Ich mag Peter Struck.“ Struck habe gesagt, er gehe öfter mit Kauder einen trinken. Das sei gut, denn „nüchtern ist diese Lobhudelei nicht zu ertragen“, sagte er. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Künast warf der Koalition vor, in der jetzigen Hochkonjunktur die Gelegenheiten nicht zu nutzen, um Rücklagen zu schaffen für „die sieben mageren Jahre“ der Zukunft. Es sei eine Politik der kleinen Schritte, „von der man überhaupt nicht weiß, wohin sie führen soll“. Das Jahr 2007 solle zur EU-Ratspräsidentschaft und zum G-8-Gipfel für die große Koalition ein „Jahr der roten Teppiche und Abschreitungen von Ehrenformationen“ werden. Nötig wäre es aber, die nächste Stufe der Veränderungen zu zünden, sagte Frau Künast.

## Steinmeiers Etat steigt

Lt. BERLIN, 22. November. Die Regierungsparteien der großen Koalition haben dem Auswärtigen Amt ein leicht steigendes Budget zugebilligt, das vor allem in der auswärtigen Kulturpolitik, etwa in der Alimentierung des Goethe-Instituts, nun höhere Ausgaben möglich macht. Die zuständigen Haushaltspolitiker von SPD und Union, Mark und Frankenhäuser, kündigten an, es solle auch im nächsten Jahr eine „bessere Dotierung“ des Etats des Auswärtigen Amtes geben. Außenminister Steinmeier sagte, es sei ihm im ersten Jahr seiner Amtszeit klargeworden, daß Außenpolitik neben Ausdauer, Arbeit und Mut auch „Präsenz“ erfordere, wozu eine entsprechende Ausstattung gehöre. Im Vergleich zu Anfang der neunziger Jahre sei die Bundesrepublik heute in 26 Ländern mehr auf der Welt zu repräsentieren, habe aber dafür zehn Prozent weniger Personal zur Verfügung.

Nach Bundeskanzlerin Merkel lehnten auch Steinmeier und die Außenpolitiker aller Fraktionen eine Verlagerung der Bundeswehr in den umkämpften Süden Afghanistans ab. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Hoyer, sagte, Deutschland habe bislang alle seine Verpflichtungen als Teilnehmer der internationalen Isaf-Mission in Afghanistan „punktgenau“ erfüllt. Wenn nun in der Nato der Vorwurf mangelnder Bündnis-solidarität erhoben werde, müsse er diejenigen Nato-Mitglieder treffen, die ihre Ankündigungen nicht vollständig wahrgemacht hätten. Steinmeier sprach von einer „ausgesprochen schwierigen Sicherheitslage“ in Afghanistan.